Saarlouis Volksstimme

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marth 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.
Fernsprecher 70 und 82. Postsch. 80.

DESSIPAT ATQUE FOVET

18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 11.00.
Anzeigenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Fr., Deutschland 10 Rpf. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 233 — Saarlouis, Montag, den 10. Oktober 1927. — 56. Jahrgang

Der serbisch-bulgarische Konflikt.

Serbisches Ultimatum an Bulgarien.

Berlin, 8. Okt. Wie die W. T. von informierter Seite erfährt, hat Jugoslawien von der bulgarischen Regierung in einer kurz befristeten Note Geschenk darüber verlangt, welche Maßnahmen die bulgarische Regierung zu treffen gedenke, um in Zukunft ähnliche Vorkommnisse wie die letzten Ereignisse der mazedonisch-bulgarischen Komitatschi-Banden zu verhindern.

Die Großmächte für Regelung der bulgarisch-jugoslawischen Zwischenfälle.

London, 8. Okt. Wie Reuter erfährt, sind die Großmächte bereits gewesen, der bulgarischen und der jugoslawischen Regierung zur Regelung der Zwischenfälle an der Grenze zu raten. Weiter heißt ferner Marbiyan auf Ersuchen der Regierungsrat an den Balkanbund vor und man hofft in maßgebenden London Kreisen, daß sich ein solcher Schritt auch nicht als notwendig erweisen wird.

Der Fall Nalowski.

Ein neuer französischer Vorstoß.

Paris, 8. Okt. Das Außenministerium läßt durch Havas den Wortlaut der beim Botschafter Briand Nalowski überreichten Note bekannt, welche infolge des Beschlusses der Minderheit vom 30. September der französischen Botschafter in Moskau beauftragt worden war, bei der Sowjetregierung die Wiedereinsetzung Nalowski zu fordern. In Moskauer heißt die erwähnten Beschlußmittel Tätigkeiten, welche der französischen Botschafter Herriot am 1. Oktober dem Volkskommissar entgegen, dem er eine Mitteilung überreichte, in der es heißt:

„Der französische Ministerrat erkennt die Notwendigkeit an, im Zustande der Ungewißheit, in welchem sich die französisch-russischen Verhandlungen von der Sowjetregierung die Abberufung des bevollmächtigten Vertreters in Paris zu erreichen. Ich bin also beauftragt, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß dem Wunsche der französischen Regierung unverzüglich entsprochen wird. Die Abberufung Nalowski könnte nur der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern dienlich sein."

Der Botschafter im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten übergab am 4. Oktober dem französischen Botschafter Herriot ein Schreiben Tschitscherins, in dem es heißt: „Die Abberufung Nalowski ist für die Sowjetregierung sehr wenig wünschenswert. Sie ist im Widerspruch mit der Kollegialen Tätigkeit in der Frage der Regelung der Schwierigkeiten bereits ergriffen Schritte so unerfreulich und ist für die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den beiden Regierungen sowohl über die Schwierigkeiten und Verhältnisse, als auch über andere wichtige Fragen so gefährlich, daß ich im Namen meiner Regierung Sie bitte, ein schriftliches Gesuch des Beschlusses des französischen Ministerrats und der Meinung, daß ich zu dieser Entschließung haben, einzusenden."

Auf diesem dieser Mitteilung ist der französische Botschafter damit beauftragt worden, an den Volkskommissar Tschitscherin ein Schreiben zu senden, in dem Nalowski Erklärung, daß im Falle einer Rückkehr mit der Sowjetunion die Protestierer der kapitalistischen Länder an der Wiederkehr ihrer Regierungen mitarbeiten und die militärischen Soldaten und die Leute der Weißen Armee übergehen wollten, und Angaben Verfügung der Verschlechterungen der Westentwicklung begründet wird. Ferner wird im Protest ein an Nalowski über die Regierung der Sowjetunion eingesandt und dabei die Bemerkungen mitgeteilt um. Offenbar zum Ausdruck gebracht Bedauern der Abberufung Nalowski erneuert. „Die französische Regierung legt Wert darauf", so heißt es in dem Schreiben zum Schluß, „einstweilen zu bitten, daß die Frage einer Abberufung der Beziehungen zwischen beiden Ländern in keinem Augenblick gestellt wurde. Der Fall Nalowski ist nur eine Ausnahmefrage und über Regierung hat nur den Zweck, den Erfolg der politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen zu erschließen, die wir im einen Augenblick gegenseitiger Vertrauens zwischen den Regierung der Sowjets und der französischen Regierung geführt werden können.

Hoesch in Berlin

Berlin, 8. Okt. Gegenüber Kombinationen, die heute geraten, daß die Rückkehr des Botschafters v. Hoesch in Berlin mit der Nalowski-Angelegenheit zusammenhängt, wird von zuständiger Stelle den Blättern erklärt, daß dieser Besuch des Herrn v. Hoesch lediglich der Information dient, wie bei den Besuchen der Botschafter in Berlin. Der Aufenthalter habe den Botschafter über die Gesamtlage informiert, die er mit Briand gehabt habe. Herr v. Hoesch ist gestern abend wieder nach Paris zurückgekehrt.

Das internationale Arbeitsamt tagt nach Berlin.

Die Bedeutung dieser Tagung.

Berlin, Oktober 1927.

Berlin wird in den nächsten Tagen zum ersten Male nach dem Kriege der Tagungsort einer Organisation sein, die der Völkerbundsorganisation gegenüber hat. Es ist dies ebenso als Zeichen dafür, daß Deutschland immer mehr an internationaler Geltung gewinnt. Der Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund hat viele allgemeine Tatsachen der ganzen Welt vorbereitet. Die Sitzungen, die der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes vom 10.—15. Oktober in Berlin abhalten wird, sind nur die Folge der Stellung, die sich Deutschland in der kurzen Zeit seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund errungen hat. Aber, wenn eine Organisation von der Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes, die der Arbeiterschaftsfrage, die das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern der ganzen Welt zu übernehmen hat, das Bedürfnis empfindet, eine Tagung außerhalb ihres Amtsitzes und in Berlin zusammenzutreten, dann bedeutet dies eine Zeitbindung von dem Geistesleiter Geltung, der sich Deutschland in der neuen Gestaltung bewerbet. Wie zu Beginn der 80er Jahre Bismarck es war, durch dessen Initiative die erste großen Versicherungsgesetze im Reichstag zur Annahme kamen, war dies ein Beweis, daß sich das Deutschland damals ziemlich allein befand. Die Aera der Sozialpolitik, die in jenen Jahren eingeleitet wurde, ist heute noch bei weitem Kreise, die immer ein Hemmnis bildeten gegen die Regierung erfassen, mit seiner Auswirkung fortgeführt worden. Deutschland wurde zum Vorbild der sozialpolitischen Betätigung in der Welt, es wurde beherrscht für die ganze Welt. Wenn sich dies auch in den letzten Jahren etwas geändert hat, weil inzwischen auch andere Staaten Vorbildliches auf diesem Gebiete geleistet haben, und es vielleicht unerlaubt werden muß, in manchen Beziehung heute überholt haben, so ist dennoch gerade von den Internationalen Arbeitsamt in Genf anerkannt worden, daß gerade Deutschlands Mitwirkung für internationale Sozialpolitik unmöglich sei. Deutschland hat deshalb auch schon vor langen Zeiten in der Sozialpolitik Deutschlands eingeschlossen, daß es